

Polen ist in der Europäischen Union angekommen

Horst Langes

Zum Ende unserer Konferenz, der neunten, die wir gemeinsam – die Konrad-Adenauer Stiftung, die Luxemburger Robert-Schumann-Stiftung und die Päpstliche Akademie für Theologie in Krakau – veranstaltet haben, möchte ich, der ich zusammen mit Bischof Tadeusz Pieronek einer der Erfinder dieser Tagung bin und an allen bisherigen Konferenzen teilgenommen habe, zunächst Dank sagen: Dank an die Veranstalter und die vielen Helfer, Dank an die Referenten, die unserer Einladung gefolgt sind, und nicht zuletzt Dank an Sie, die Konferenzteilnehmer, für Ihr Kommen und Mitdiskutieren. Weiter will ich an dieser Stelle drei Bemerkungen anfügen:

Auf der diesjährigen Konferenz wurde so intensiv diskutiert, dass wir einiges doch festhalten sollten, weil es grundsätzliche Bedeutung besitzt. Ich erinnere an die Bedeutung des so genannten „Kirchenartikels“ Nummer 17 im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union von 2008, der den Kirchen erstmals auch auf europäischer Ebene einen sicheren Rechtsstatus einräumt. Dort heißt es in Absatz 1: „Die Union achtet den Status, den Kirchen und religiöse Vereinigungen oder Gemeinschaften in den Mitgliedstaaten nach deren Rechtsvorschriften genießen, und beeinträchtigt ihn nicht.“ Und in Absatz 3 steht: „Die Union pflegt mit diesen Kirchen und Gemeinschaften in Anerkennung

ihrer Identität und ihres besonderen Beitrags einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog.“ Ich kann Ihnen erzählen, was sich in den vergangenen 15 Jahren auf der europäisch-politischen Ebene ereignet hat in Bezug auf Kirche. Salopp formuliert: Beim Amsterdamer-Vertrag 1997 war es so, dass der Ministerrat, der die Regierungen repräsentiert, zusammen saß und über alles Mögliche diskutierte. Dann wurde mein Freund, Bundeskanzler Helmut Kohl, herausgerufen, weil man einen Mittelmeerplan entworfen hatte, mit dem es aber nicht recht voranging. In der Abwesenheit Kohls hat der übrig gebliebene Ministerrat beschlossen, die Kirchen auf gleicher Ebene wie Sportvereine und Feuerwehren in einem Protokoll dem Vertrag anzuhängen. Das war vor 12 Jahren. Jetzt hingegen haben wir im Lissabon-Vertrag eine klare Festlegung zu Bedeutung und Einfluss der Kirchen in Europa. Es ist Unsinn, wenn immer noch diskutiert wird, ob und welche Gesetze, die das kulturelle und normative Leben eines Landes prägen (z.B. die „Homo-Ehe“), anderen Ländern aufgezwungen werden könnten. Denn auch im Lissabonner-Vertrag bleiben diese Gesetze den nationalen Parlamenten vorbehalten. Europa besitzt hier keine Entscheidungsgewalt. Selbst wenn das Europäische Parlament beschließen würde: „Wir wollen über dieses oder jenes Thema sprechen“ und anschließend mit Mehrheit irgendeinen Beschluss fasste, dieser Beschluss wäre irrelevant. Wir sollten also nicht über Dinge diskutieren, die keine Bedeutung besitzen. Wir sollten stattdessen besser über Fragen diskutieren, die wichtig für die Entwicklung Europas sind.

Für mich war es irritierend, dass es die Auffassung gibt, der Begriff „sozial“ im Rahmen der „Sozialen Marktwirtschaft“ sei nur so ein Häkchen, das man dranhängt. Für mich ist die Soziale Marktwirtschaft ein klares Konzept der katholischen Soziallehre, das auch die evangelische Sozialethik übernommen hat und das dann von Prof. Ludwig Erhard, dem westdeutschen Wirtschaftsminister, nach dem Zweiten Weltkrieg in die deutsche Wirtschaftspolitik übertragen wurde. Ich betone dies, da nur das Wort „sozial“ die Marktwirtschaft gesellschaftlich verträglich macht. Ich stimme darin mit anderen überein, die sagen, dass Marktwirtschaft an sich nur ein Wirtschaftsprinzip ist, das für sich genommen überhaupt nichts über das Verhältnis zu den Menschen in dieser Wirtschaft aussagt. Insofern müssen wir auch hier politisch eingreifen und

dieses Beziehungsgeflecht definieren. Dies vermag der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft auszudrücken.

Ich möchte schließlich noch eine Anekdote anfügen: Vor fast 20 Jahren bin ich hier in Krakau gewesen und habe mit verschiedenen Politikern und anderen, die sich gesellschaftlich engagierten, diskutiert. Viele haben sich damals zu Parteien zusammengeschlossen, die jeweils nur sehr kurzen Bestand hatten. So kam es, dass ich bei zwei aufeinander folgenden Treffen mit völlig unterschiedlichen Parteien im Dialog stand. Daher war es für mich nicht so einfach, mit den ständig wechselnden Parteien und ihren Vertretern über bestimmte Themen und Probleme zu diskutieren. Aber es war immer klar, nachdem zudem der Heilige Vater Johannes Paul II. gesagt hatte, dass dieses Europa durch uns unterstützt werden müsse und wir nicht Radio Maria die Meinungsführerschaft überlassen sollten, dass der Beitritt Polens in die Europäische Gemeinschaft natürlich auch in Polen Resonanz fand. Interessanterweise kam es aber in Polen parteiübergreifend zu der negativen Annahme, dass, wenn Polen nach Europa ginge, alle gemeinsam sehr aufpassen müssten, dass dabei für Polen nichts Schlimmes geschehe. Heute ist das nur noch eine historische Reminiszenz. Als Historiker erinnerte mich dies damals aber an die Polen in Deutschland während der Kaiserzeit nach 1871. Für die insgesamt etwa drei Millionen deutschen Staatsbürger mit polnischer Muttersprache bildete damals die polnische Fraktion im Reichstag eine Interessenvertretung. Der Schwerpunkt der Wähler lebte in den von Preußen besetzten polnischen Gebieten, in den Provinzen Posen, Westpreußen und Oberschlesien. Die Fraktion wandte sich insbesondere gegen die antipolnische Politik und die Germanisierungsversuche im Kaiserreich, wobei zunächst der adelige Großgrundbesitz und die katholische Geistlichkeit in der polnischen Gruppe dominierten. Der in Gnesen residierende deutschstämmige Erzbischof Julius Dinder (1886 bis 1890) wollte den Priestern damals verbieten, im Reichstag zu sitzen. Daraufhin haben die polnischen Priester dem Erzbischof geantwortet: Jawohl, Exzellenz, wir werden nicht mehr im Deutschen Reichstag *sitzen*. Fortan *standen* sie nur noch im Reichstag gemeinsam, wie ein Block. Ähnlich war anscheinend die Vorstellung, die bei vielen in Polen mit Blick auf den Einzug in das Europaparlament herrschte: Dann müsse man fest

als polnische Gruppe zusammenstehen. Heute hat sich dieses Bild zum Glück verändert. Der polnische Europaabgeordnete und frühere Premierminister Jerzy Buzek, der als protestantischer Christ häufig in den vergangenen Jahren an dieser Konferenz teilgenommen hat, ist zum Parlamentspräsidenten gewählt worden, ein Christdemokrat; und es ist ganz klar, dass die polnischen Abgeordneten heute in den verschiedenen Fraktionen ihre Rollen spielen, in den Fraktionen mit ihren unterschiedlichen politischen Profilen arbeiten. Dies zeigt uns, dass Polen in der Europäischen Union angekommen ist.